GEMEINNÜTZIGE **Hertie Stiftung**

Projekt „Nächste Generation: Europäer?!“

:: Das Projekt „Nächste Generation: Europäer?!“ der Hertie-Stiftung soll Schülerinnen und Schüler anregen, aktuelle europäische Probleme zu diskutieren und zu recherchieren. Dabei hilft ihnen die Lektüre des Hamburger Abendblattes. Das Aachener IZOP-Institut hat die organisatorische und pädagogische Betreuung übernommen. Diese Seite wurde von 24 Schülern der Klassen E a/c des Elsensee-Gymnasiums in Quickborn zum Thema Rechtsruck in Europa inhaltlich gestaltet.

Lesen Sie alle drei Projektseiten: www.abendblatt.de/hertiestiftung

Präsident Erdogan – in der Türkei verehrt und verhasst

MARIUS ZANDER

:: Jedem ist Recep Tayyip Erdogan ein Begriff. Die einen verehren den Präsidenten der Türkei als Nationalhelden, die anderen sehen in ihm einen gefährlichen Diktator. Für viele ist Erdogan ein „Ehrenmann“. Er kommt aus armen Verhältnissen und hat sich nach oben gekämpft. Dennoch hat er nicht vergessen, wo er herkam. Er ist vor allem in der ärmeren Bevölkerung dafür beliebt, dass ein Krankenhausbesuch keinen Luxus mehr darstellt. Denn fast alle Türken haben nach seinem Aufstieg eine Krankenversicherung. Des Weiteren setzt er sich für Rechte und Bedürfnisse der Unterschicht ein, errichtet Krankenhäuser.

Er setzt seine Ziele auch um. Nach seinem Amtsantritt hat die Türkei in kürzester Zeit eine Phase des Wirtschaftsbooms erlebt. Das Bruttosozialprodukt isr innerhalb weniger Jahre um das Vierfache angestiegen. Außerdem hat er etwas geschafft, was viele für unmöglich gehalten haben. Er hat die ersten Schritte gemacht, um den Konflikt zwischen Kurden und Türken zu lösen. Sein Ziel war es, sich mit den Kurden zu versöhnen, also gab er ihnen mehr Rechte. Sie dürfen in ihren Gebieten wieder ihre Sprache sprechen, sie bekamen eigene Vertretungen und einen eigenen Fernsehsender.

Erdogans Gegner kritisieren jedoch vor allem eines. Erdogan möchte einen autoritär geführten Gottesstaat erschaffen. Was spricht für diese Behauptung? Erdogan ist zutiefst gläubig und sagt, er mache Politik für Allah. So wurde das Kopftuchverbot an Universitäten abgeschafft, und er spricht sich gegen Abtreibung aus. Allgemein äußerte er sich, was die Gleichberechtigung zwischen Mann und Frau betrifft, sehr fragwürdig. Laut ihm kann es keine Gleichberechtigung geben, da es im Koran so steht. Trotz seiner strengen Glaubensüberzeugung sagt Erdogan, dass er für die Trennung von Staat und Kirche sei. Aber wieso will er denn Gesetze durchsetzen, die auf dem Islam basieren? Das ist keine Trennung von Kirche und Staat. Das ist ein Widerspruch! Des Weiteren schränkt er die Meinungsfreiheit extrem ein. Er lässt Internetseiten ohne Gerichtsbeschluss sperren. Und man hört in letzter Zeit sehr häufig von Reportern, die festgenommen wurden, weil sie über etwas berichten, was ihm nicht passt.

Der türkische Staatspräsident Erdogan hält in Istanbul eine Rede dpa

Der Rechtsruck in Europa

„Auch wir Deutschen müssen etwas von unserer liberalen Flüchtlingspolitik aufgeben“, sagt die Grünen-Politikerin Eka von Kalben aus Schleswig Holstein im Gespräch mit Gymnasiasten

Eka von Kalben, ehemalige Landesvorsitzende der Partei Bündnis 90/Die Grünen und derzeitige Fraktionsvorsitzende im Landtag von Schleswig-Holstein, wurde von Schülern der Klassen 11 E a/c des Elsensee-Gymnasiums in Quickborn (Kreis Pinnebrg) über den Vormarsch der rechtspopulistischen Parteien befragt.

Eka von Kalben, Fraktionsvorsitzende Bündnis90/Die Grünen, Schleswig-Holstein picture alliance

Gibt es Ihrer Meinung nach einen Rechtsruck in Europa?
Eka von Kalben: Ja, das glaube ich tatsächlich. Rechts im Sinne von: ‚Wir wollen nicht mehr so viel europäische Gemeinschaft!‘ und ‚Wir wollen nicht so viele Migranten!‘.

Wie lässt sich dieser Rechtsruck darstellen?
Momentan kommt es zu einer Spaltung von vielen Ländern, in denen es sowohl Menschen gibt, die gegen, als auch Menschen, die für eine europäische Gemeinschaft sind. In vielen EU-Staaten sind die Menschen gegen Europa und somit auch die rechtspopulistischen Parteien stärker geworden, sodass es nun überall rechte Kräfte gibt. Ein Beweis für diesen Anstieg ist der Brexit. Die Entscheidung, ob Großbritannien aus der Europäischen Union aussteigt, war zwar sehr knapp, jedoch lässt sich das Ergebnis dieser Wahl ganz klar durch die Angst der Leute vor Migration begründen.

Schätzen Sie den Rechtsruck in Europa eher als einen vorübergehenden Trend oder als eine ernst zu nehmende Lage ein?
Meiner Meinung nach ist das eine ernst einzuschätzende Lage. Die Art, wie man über Migranten redet, hat sich ein bisschen enthemmt. Viele äußern jetzt Dinge, die sie vorher nicht gesagt haben, weil sie nicht gerne als Rassist bezeichnet werden wollten, und gehen mittlerweile unvorsichtig mit ihren Worten um. Dies kann schnell zu einer Gefahr werden. Ich glaube daher nicht, dass es sich um einen kurzfristigen Trend handelt, jedoch ist die Situation nicht hoffnungslos.

Ist die Flüchtlingskrise der Hauptgrund für das Erstarken rechter Parteien?
Auf jeden Fall sind die Themen Migration und Flüchtlingskrise der Hauptgrund, allerdings gab es immer schon Kritik am Euro und der EU, wie zum Beispiel bei der Griechenlandkrise, weil viele dagegen waren, dass so viel Geld dorthin verschickt wurde, um den Bewohnern zu helfen.

Was sind die Auslöser, die dafür sorgen, dass der Rechtsruck zu- bzw. abnimmt?
Die Lage hat sich damals zugespitzt, als sehr viele Flüchtlinge 2015 gleichzeitig nach Deutschland migriert sind. Es gibt außerdem eine Zuspitzung durch den Terrorismus, denn viele verbinden diesen automatisch mit Flüchtlingen, wobei ich diese Ansicht nicht teile. Im Moment beobachte ich allerdings ein Umdenken in mehreren EU-Staaten, die mittlerweile erkennen, dass ein Zusammenhalt notwendig ist.

Können Sie Punkte nennen, in denen Sie den Rechtspopulismus für berechtigt halten?
Wenn man Rechtspopulismus als Rassismus und nationalistisches Denken ansieht, dann halte ich diesen nie für berechtigt, allerdings kann ich die Kritik an der EU, die viele damit verknüpfen, schon nachvollziehen. In der Tat gibt es Dinge, die man verbessern kann. Trotzdem rechtfertigt das niemals, andere Bevölkerungsgruppen für etwas verantwortlich zu machen, das sie nicht verursacht haben. Wenn man etwas schlecht findet, dann muss man versuchen etwas zu ändern, denn man kann immer etwas bewegen.

Welche Gefahren sehen Sie innerhalb Europas im zunehmenden rechten Schwung?
Ich sehe die Gefahr, dass wir unsere freien Grenzen verlieren und dass die EU sich auflöst, was ich als sehr überzeugte Europäerin überaus tragisch finden würde. Und natürlich ist ein weiteres Problem, dass die Migranten, die in der EU leben wollen, nicht mehr so willkommen geheißen werden, wie es sich gehört.

Besteht eine Gefahr im Hinblick auf die Annäherung von rechtsgeprägten Politikern?
Natürlich besteht bei Vernetzungen solcher islam- und demokratiefeindlichen Parteien eine gewisse Gefahr und stellt für die Menschen, die ein demokratisches und humanes Europa haben wollen, eine Hürde dar.

Wie schätzen Sie den Machterfolg der rechten Parteien für die Zukunft ein?
Es kommt ganz darauf an, wie Europa sich jetzt einbringen kann und ob sie kluge Politik führen, in der sie Flüchtlinge, wie sie es nötig haben, aufnehmen und innerhalb Europas verteilen, aber auch die Grenzen sichern. Ich glaube, wenn die EU sich jetzt besinnt, müssen auch wir Deutschen etwas von unserer liberalen Flüchtlingspolitik aufgeben, damit Europa zusammenbleibt.

Warum sollte denn jetzt so stark an der EU festgehalten werden?
Mein Hauptgrund ist, dass ich die EU für das beste Friedensprojekt halte. Es gibt ja kaum eine Phase in der Geschichte, in der so lange Frieden herrschte, und dies sollte auch für die folgenden Generationen garantiert werden. Daher muss man sich zusammentun, um gemeinsam stark zu sein, weswegen ich 100 Prozent für die EU bin.

Das Interview führten Lisa Behrens, Sophia Clayette, Lilly Paulina Dieckmann, Hadia Kawiar und Julia Missal

Gründe für Zunahme des Rechtspopulismus

:: Der Rechtspopulismus hat seine Wurzeln in Westeuropa, wo er Anfang der 70er-Jahre erstmals die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit fand. So hatten der Zusammenbruch des Währungssystems 1973, der Fall des Eisernen Vorhangs und die Anschläge des 11. September eine Stärkung zur Folge.

In jüngster Zeit liegen die Gründe in der Flüchtlingskrise und dem zunehmenden Terror von islamistischer Seite. In Europa sind in 22 Ländern Parteien im Parlament vertreten, die als rechtspopulistisch eingestuft werden, wobei sie in neun Ländern an der Regierung beteiligt sind und in Polen und Ungarn den Regierungschef stellen. Der Populismus nutzt eine einfache Sprache, um möglichst viele erreichen zu können. Populistische Parteien nutzen kontroverse Aussagen und einfache Lösungsansätze, um Wählern eine schnelle Veränderung der Situation zu suggerieren. Daher ist besonders in Krisenzeiten ein größerer Erfolg selbiger Parteien zu verzeichnen, da es eine hohe Unzufriedenheit gibt. So haben durch die Flüchtlingskrise viele Parteien, die als rechtspopulistisch eingestuft werden, an Zuspruch gewonnen. Auch in anderen Ländern lassen sich Parteien finden, die an diesem Prinzip festhalten, z. B. in Frankreich. Dort konnte der Front National vor allem durch die hohe Anzahl an Migranten sowie Parallelgesellschaften, die sich immer weiter von konventionellen Gesellschaftsnormen entfernen, viele potenzielle Wähler für sich gewinnen.

Leon Kröger, Kaya Lorentzen, Jakob Schilling, Julian Dilger

Rechtspopulismus und Rechtsextremismus

Politisch rechts: Demokratieverständnis, bei dem innerhalb der Demokratie die individuellen Freiheiten wichtiger sind als Gleichheit.

Rechtspopulismus: Zugespitzte Positionen von Teilen der politischen Rechten mit Bekenntnis zur Demokratie.

Rechtsextremismus: Extreme, radikale politische Einstellung, die nicht mit der freiheitlich-demokratischen Grundordnung vereinbar ist und den Nationalismus propagiert.

Rechtsradikalismus: Radikale politische Auffassung, die zwar mit dem Grundgesetz vereinbar ist, sich aber an dessen Rand befindet.

Neonazismus: Personenzusammenschlüsse und Aktivitäten, die ein Bekenntnis zur Theorie des Nationalsozialismus enthalten.

Marine Le Pen vom französischen Front National, Ungarns Ministerpräsident Victor Orbán und Björn Höcke, AfD-Fraktionsvorsitzender aus Thüringen (von links) dpa (3)

Ist die AfD eine Alternative für Deutschland?

Was die Partei mit ihren Versprechungen erreichen will und wie Mitglieder provozieren – ein Kommentar von Fabian Mielke

:: Seit 2013 haben wir sie, die Alternative für Deutschland (AfD). Ursprünglich als Partei gegen den Eurorettungsschirm gegründet, dann aber immer mehr nach Rechts abgerutscht – und nach aktuellen Umfragen bald im Bundestag. Sind die AfD-Wähler dann mit ihrer Alternative zufrieden?

Deutsche Kultur, Sprache und Identität erhalten; deutsche Leitkultur statt Multikulturalismus; der Islam gehört nicht zu Deutschland; Kritik am Islam muss erlaubt sein – das sind alles Punkte aus dem Grundsatzprogramm der AfD, die sich zwischen einigen eher positiv klingenden Programmpunkten verstecken. Natürlich gibt es noch mehr Programmpunkte, die einfach undenkbar sind, wie zum Beispiel die Wiedereinführung der Wehrpflicht, damit wir unser Vaterland besser verteidigen können.

Aber mit Punkten wie der Stärkung von Polizei und Justiz, Opferschutz statt Täterschutz und der Bekämpfung von organisierter Kriminalität werden die Menschen als Wähler gewonnen, die gerade mal das halbe Inhaltsverzeichnis des Wahlprogramms lesen, diese Überpunkte für positiv befinden und dann ihr Kreuz setzen, ohne zu wissen, was die Partei noch so will.

Klar gehört eine Stärkung der inneren Sicherheit dazu, diese innere Sicherheit darf aber keine ganzen Kulturen aus dem Land ausschließen, nur weil sie anders sind und eventuell eine Gefährdung darstellen könnten.

Eine Alternative für die Alternative für Deutschland

Weil ja auch jeder Flüchtling, der in seinem Heimatland verfolgt oder von einem Krieg bedroht wird, all seine Habseligkeiten zurücklässt, unter Einsatz seines Lebens und unter miserablen Bedingungen nach Europa flieht, einzig und allein die innere Sicherheit gefährden will. Ich glaub auch.

Eine weitere Methode, um Wählerschaft zu gewinnen – die übrigens sehr gut funktioniert, nach dem „Anstieg“ der Umfragewerte von 14 auf acht Prozent – sind die gezielten Provokationen, mit denen man gerne mal übertreibt. Bestes Beispiel ist Björn Höckes (Fraktionsvorsitzender der AfD Thüringen) Dresdener Rede, in der er eine erinnerungspolitische Wende um 180 Grad forderte und das Berliner Holocaust-Mahnmal als Denkmal der Schande bezeichnete.

Oder Parteivize Alexander Gauland, laut dem keiner jemanden wie Jerome Boateng als Nachbarn haben möchte; und im Nachhinein angab, nicht zu wissen, dass Boateng farbig ist. Wahrscheinlich. Welchen anderen Grund sollte jemand in einer Partei wie der AfD finden, damit er jemanden nicht in seiner Nachbarschaft will?

Wenn die Alternative für Deutschland tatsächlich in den Bundestag einziehen sollte, werden wir ja sehen, wie viele Punkte sie aus ihrem Parteiprogramm durchsetzen kann. Das werden wahrscheinlich nicht allzu viele sein, wenn man sich mal anguckt, wie viel die AfD in den 13 Landtagen, in denen sie sitzt, erreicht hat.

Wenn die Wählerschaft dann realisiert, dass ein Großteil des Geredes von der AfD nur heiße Luft war und sie sich nicht durchsetzen kann (was bei den aktuellen Umfragewerten von rund acht Prozent durchaus wahrscheinlich ist), wird sich zur nächsten Bundestagswahl sicherlich eine gute Alternative zur Alternative für Deutschland finden lassen.